

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2017

Nr. 01 · 13. Jahrgang

Kungelei gescheitert – wie weiter?

Die Stadt braucht nach mehr als einem Jahr einen neuen Baubeigeordneten. Und er oder sie müssen vor allem Kompetenz, Leistungsfähigkeit und Erfahrungen mitbringen. Das Parteibuch ist nicht das Wichtigste.

Zu dem Debakel um die gescheiterte Wahl eines Baubeigeordneten Anfang Dezember 2016 erreichte unsere Redaktion auch die Meinung der Potsdamer Landtagsabgeordneten Anita Tack. „Der Oberbürgermeister sollte sich endlich von seinem Beharren auf die ‚bürgerlichen Mitte‘ verabschieden. Sie hat ihm nicht wirklich Erfolg gebracht. Nun ist sie am ausgekungelten Personalversprechen gescheitert. Das sollte eine Lehre sein für künftiges kommunalpolitisches Agieren. Die ‚Rathauskooperation‘, mit der sich die SPD in der Landeshauptstadt, entgegen allen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene und gegen ihre Programmatik zur ‚bürgerlichen Mitte‘ bekannt hat, ist keine zuverlässige Partnerin für den OB. Nun ist ihm sein vehementes Streben gegen eine zuverlässige Zusammenarbeit mit der LINKEN auf die Füße gefallen. Und das tut weh! Da hilft m. E. nur der Mut, künftig mit wechselnden Mehrheiten in der SVV zu agieren, im Interesse von Sachentscheidungen im Bürgerinteresse.“

Der Stadtverordnete und LINKEN-Kreischef Sascha Krämer bemerkte dazu: „Diese Kooperation hat sich schon in den letzten Wochen mehrmals damit ausgezeichnet, über Bürgerwillen hinweg zu regieren. Letztendlich ist sie an sich selbst gescheitert -

sie stellt eben nicht Politik in den Mittelpunkt. Gestaltungswillen zeigt sie nur, wenn es um Beigeordnete n p o s t e n geht. Das ist der Kit, der die Kooperation zusammenhält und der nun bröckelt. Das ist angesichts der enormen Herausforderungen in dieser Stadt nicht hinnehmbar. DIE LINKE wird sich an den Personalquerelen der Kooperation nicht beteiligen, sondern weiterhin inhaltliche Vorschläge unterbreiten, die zu einem guten Leben für alle in unserer Stadt führen. Die anderen Parteien können jetzt weiterhin in Hinterzimmern ihre Krokodilstränen weinen oder mit uns gemeinsam Politik gestalten. Vielleicht sind wechselnde Mehrheiten in Potsdam die Chance für eine sach- und lösungsorientierte Kommunalpolitik im Sinne der Stadtgesellschaft – DIE LINKE steht dafür bereit.“

Am 9. Januar soll nun hier „Reinschiff“ gemacht werden. In einer Pressemitteilung dazu heißt es: „Oberbürgermeister Jann Jakobs hat entschieden, eine Sondersitzung



der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zur Wahl eines neuen Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt zu beantragen. Die Sitzung soll am Montag, den 9. Januar 2017 stattfinden. In einer Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden der SVV sprach sich eine deutliche Mehrheit für den Personalvorschlag des Oberbürgermeisters aus. Oberbürgermeister Jann Jakobs möchte Bernd Rubelt, zurzeit Fachbereichsleiter Bauen in Eutin, zur Wahl vorschlagen.“

Der 9. Januar wird zeigen, wie verlässlich die „deutliche Mehrheit“ sich erweist. DIE LINKE war von vornherein für Rubelt. „Wir haben klar gesagt: Der ist es“, so Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

20. DEZEMBER 2016: Trauer und Fassungslosigkeit

Zu den Ereignissen am Abend des 19. Dezember 2015 in Berlin erklärte Christian Görke, Vorsitzender der LINKEN Brandenburg: „Die Nachrichten aus Berlin gestern Abend sind unfassbar. DIE LINKE trauert um die Opfer und hofft mit den Verletzten. Wir sind fassungslos und all unsere Gedanken sind bei den Verletzten und den Angehörigen. Wir bitten alle, abzuwarten, was passiert ist, keine vorschnellen Urteile zu fällen und vor allem: niemals den Hass siegen zu lassen. Wir sind stolz auf unsere freie, of-



fene und tolerante Gesellschaft. Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Wir haben großen Respekt vor der guten Arbeit der Berliner Polizei, der Rettungskräfte und dem medizinischen Personal in den Krankenhäusern. Ihnen gehört unser Dank.“ Die beiden Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE, Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht twitterten: „Wir trauern mit den Hinterbliebenen der Toten und wünschen den Verletzten rasche Genesung. #Breit-scheidplatz.“

In dieser Ausgabe

LINKS notiert

2 „Faktisch“ – in eigener Sache/Januar-Kalenderblätter

LINKS im Parlament

3 Norbert Müller – unser Mann im Bundestag/Landtag und Kommune - Anita Tack

LINKS im Rathaus

4 Jahresrückblick 2016/Potsdam braucht neue Schulen

LINKS in unserer Stadt

5 SC Potsdam im Potsdamer Norden/Bücherspende für
6 EKIZ/Spende übergeben/Harald
7 Petzold zu „Manipulationen durch social bots“/OV Babelsberg/Zentrum Ost hat gewählt/Ost-RentnerInnen ver-tröstet

POTSDAMER Allerlei

8 Brückentage 2017 – „16 Tage Osterurlaub“/Tipps und Termine/Rätsel

PotsdamerInnen gedenken Liebkecht und Luxemburg

Es ist eine gute Tradition, dass auch PotsdamerInnen im Januar Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg gedenken. So am 98. Jahrestag ihrer Ermordung (15. Januar) vor dem Haus Hegelallee 38, dem ehemaligen SPD-Ver-einslokal. Und aus gleichem Anlass treffen wir uns am 22. Januar 2017 im Lustgarten am Monument „Herz und Flamme der Revolution“.

Informationen der Redaktion

Die Februarausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 07. Februar 2017.

Redaktionsschluss ist am 17. Januar 2017.
Die Redaktion

Faktisch – in eigener Sache

Vor Jahren verlangte der Chef einer großen deutschen Illustrierten in einem TV-Werbespot für den Inhalt seines Blattes immer „Fakten, Fakten, Fakten“. Das fand ich damals und auch heute als eine grundsätzliche Forderung an guten Journalismus. Wir von „Potsdams andere Seiten“ haben es jedenfalls auf unsere Fahnen geschrieben: Wahrheiten brauchen unsere LeserInnen. Und sie sollen sie auch bekommen.

Nun hat die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ als Wort des Jahres 2016 „postfaktisch“ gekürt. Ich bin nicht gegen Neologismen (Wortneuschöpfungen). Aber was soll das nun wieder?!

Ich weiß: Schon der griechische Philosoph Epiktet hatte festgestellt, dass nicht die Tatsachen über das Zusammenleben „bestimmen“, sondern die Meinungen über die Tatsachen. Das Wort „postfaktisch“ ist nun eine Zusammensetzung aus „post“, also „nach“ oder „danach“, und „Fakt“ für

Tatsache - also „nachfaktisch“, was so viel heißen will wie: Man/frau soll sich von Emotionen, von Gesichtern und Gefühlen leiten lassen, die Fakten spielen dabei keine so große Rolle. Doch dabei kann sich die Wirklichkeit quasi gefährlich verbiegen. Das Wissen und die wahren Gegebenheiten, die historischen Ursachen und die Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen: Das alles zählt nicht. In der postfaktischen Wahrnehmung stören Fakten, die nicht ins eigene Weltbild passen, man will die Tatsachen eigentlich nicht so genau wissen...

Ist das die Antwort an die Menschen, die die etablierten Parteien scheinbar nicht mehr erreichen? Die unzufriedenen sind und sich im Stich gelassen fühlen? Mehr Gefühl?! Die Bundestagswahl im begonnenen Jahr wird es zeigen, ob es reicht, „postfaktisch“ zu agieren und im wahrsten Sinne des Wortes den Gefühlen freien Lauf zu lassen.



Ich meine: Bei allen Gefühlen - die auch ihre Berechtigung haben in der Darstellung - die Fakten sind das Gerüst für die schreibende Zunft. Erst recht für die Politik. Erschreckend sind eben solche aktuellen Beispiele wie Trump oder die AfD...

Wir werden uns jedenfalls an Fakten halten in unserer „PaS“. Fakten – ob mit Gefühl versehen/verbunden oder als sachliche Nachricht. Darauf können unsere LeserInnen weiter bauen.

Und das „Wort des Jahres“? Dazu noch ein Fakt (vielleicht etwas für Büttenreden in der Faschingszeit?): Das österreichische „Wort des Jahres“ 2016 ist 51 Buchstaben lang - es lautet „Bundespräsidentenstichwahlwiederholungsverschiebung“. Verrückt geht's nicht, oder? Bernd Martin

KALENDERBLÄTTER DEZEMBER

1922

„Der Mensch fängt erst beim Offizier an“

Am 3. Januar stirbt der „Hauptmann von Köpenick“, Wilhelm Voigt. Der arbeitslose Schuster machte die damalige Stadt weltweit bekannt, als er 1906 als Hauptmann verkleidet mit einem Trupp Soldaten den Bürgermeister von Köpenick verhaftete und die Stadtkasse des Rathauses plünderte. Voigt kannte die Allmacht des Militärs im Reiche Wilhelms II. - „Der Mensch fängt erst beim Offizier an“.

100 Jahre später, am 08. Oktober 2006, enthüllte AGAPHI an dem Ort, wo Wilhelm V. Teile seiner Uniform erworben hatte, eine Gedenktafel.

nischer Beziehung für die Babelberger Einwohner eine bedeutende Erleichterung in unmittelbare Nähe gerückt. Das aber war deshalb möglich, weil unsere Werk-tigen, Dank der Politik unserer Regierung, nur für den Frieden produzieren. Die O-Busse kamen [...] aus dem VEB LOWA Werdau.“ (MV, 10. 01. 1952)

1957

Im Potsdamer Fußball „tut sich was“

Am 05. Januar findet im VEB Personenkraftverkehr Potsdam-Babelsberg eine Fußballkonferenz des Bezirkes Potsdam statt. Die Presse hebt hervor, „Insgesamt gesehen muss man sagen, dass sich im Potsdamer Fußball etwas tut. Alte, bewährte Fußball-sportler – an der Spitze Otto Hagen, Alfred Kroop, Paul Bauschke, Fritz Köpcke usw. – haben in den vergangenen Jahren als ehrenamtliche Funktionäre des Bezirksfach-ausschusses ganze Arbeit geleistet.“ (MV, 08. 01. 1957)

1952

Rat und Hilfe für Blinde

Der Landesberatungsausschuss für Sozialfürsorge Brandenburg, Abschnitt Blinde, führt im Nikolaisaal am 6. Januar eine Gedächtnisfeier zum 100. Todestag von Louis Braille (gest. am 06. 01. 1852; Erfinder Blindenschrift) durch. Die Presse schreibt u.a.: „Rund 200 Blinde werden laufend vom Kreisblindenausschuss Potsdam betreut und sieben ehrenamtliche Ausschussmit-glieder kümmern sich um die Blinden ihres Stadtbezirkes.“ (MV, 08. 01. 1952) - rt

Busse „für den Frieden“

Am 09. 01. in Potsdam treffen zwei neue O-Busse ein. „Dadurch ist in verkehrstech-

der technisch interessierten Jugend entwickelt.“ (MV, 14. 01. 1962)

1972

„Trotz alledem!“

Die Premiere des DEFA-Spielfilms „Trotz alledem!“ findet am 13. Januar statt. Inhalt: Nach mehreren Jahren kommt Karl Liebknecht am 23. Oktober 1918 aus dem Gefängnis frei. Als der Aufstand der Kieler Matrosen auf das Reich übergreift, stellt sich Liebknecht an ihre Spitze und ruft am 9. November 1918 in Berlin die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“ aus. Die Aufständischen besetzen das Berliner Schloss, der Kaiser flieht.

Es kommt zur Jagd auf Kommunisten und zu öffentlichen Erschießungen. Mitte Januar 1919 verkündet die Zeitung der Spartakisten, Die Rote Fahne, die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg. In Berlin versammelt sich ein Trauerzug, der beiden Ermordeten trotz Bedrohung durch das Militär die letzte Ehre erweist. -rt

1982

Kleingärtner verpflichten sich

Auf der Berichtswahlversammlung der Kleingarten-Sparte „Bergauf“ des VKSK am 30. Januar übernehmen die Delegierten die Verpflichtung, durchschnittlich pro Parzelle 25 kg Obst und 7 kg Gemüse entweder an das Pflegeheim am Pfingstberg oder an den Handel abzugeben.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: Medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Konsequent gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden in Europa rund 18 Millionen Kinder jedes Jahr Opfer von sexualisierter Gewalt. Um das Problembewusstsein zu verbessern und um Politik und Verwaltung, sowie alle weiteren Stellen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zum Handeln aufzurufen gibt es den Europäischen Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch. Dieser wurde am Freitag, den 18. November, nun zum zweiten Mal begangen.

Dass weiteres Handeln dringend notwendig ist, zeigen auch die erschreckenden Zahlen in der Bundesrepublik: rund 14.000 Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder in Deutschland registrierte allein die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Vorjahr. Das heißt, dass im Schnitt jeden Tag 38 Kinder Opfer von sexualisierter Gewalt werden. Die Dunkelziffer liegt Expert_innen zufolge weitaus höher.

Im Fokus muss weiterhin die Verbesserung der Prävention vor sexuellem Missbrauch stehen. Bund, Länder und Kommunen müssen die finanziellen Mittel bereitstellen, da-

mit Schutzkonzepten und weitere Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt auch wirkungsvoll umgesetzt werden können. Auch die Beratung von Einrichtungen, in denen sich Kinder aufhalten, also Kitas, Schulen und Vereine, muss weiter intensiviert werden. Durch die erschütternden Missbrauchsskandale der letzten Jahre und die Arbeit des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs sind zwar bereits wichtige Schritte auf den Weg gebracht worden, diese reichen aber nicht aus.

Bereits mehrfach wies die Linksfraction im Bundestag darauf hin, dass es nach wie vor insbesondere in Flüchtlingsunterkünften an geeigneten Maßnahmen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt fehlt. Anfang des Jahres verabschiedete die Kinderkommission des Deutschen Bundestages auf meine Initiative hin eine entsprechende Stellungnahme. Darin stellte die Kinderkommission fest, dass die geltenden Regelungen des Asylgesetzes für Minderjährige hinter den Schutzvorgaben der EU-Aufnahmerichtlinie zurückbleiben, wodurch kein ausreichender



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

Schutz vor geschlechts- und altersspezifischer Gewalt einschließlich sexualisierter Übergriffe und Belästigung besteht. Die Kinderkommission forderte in ihren Empfehlungen zahlreiche Maßnahmen zum Schutz von Kindern in Flüchtlingseinrichtungen, so etwa die Einrichtung von Schutzräumen, sowie geeignete Maßnahmen zur Kontrolle der Träger und des Personals.

Zuletzt muss auch weiter an der Aufarbeitung der Missbrauchsskandale der letzten Jahre gearbeitet werden. Die von der Großen Koalition 2015 beschlossene Aufklärungskommission ist unzureichend. Sie verfügt nicht über die geeignete finanzielle Ausstattung, entbehrt einer gesetzlichen Grundlage und ist nur befristet eingesetzt. Wir brauchen endlich eine nationale Aufarbeitungskommission, die unabhängig und handlungsfähig ist und unbefristet arbeitet. Das sind wir den Betroffenen schuldig.

Neuer Rekord bei minderjährigen Rekruten in der Bundeswehr

„Mit den steigenden Zahlen minderjähriger Rekruten in der Bundeswehr untergräbt die Bundesregierung die Intention der UN-Kinderrechtskonvention. Diese Praxis muss umgehend gestoppt werden, Minderjährige haben in der Bundeswehr nichts zu suchen“, betont der Potsdamer Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Norbert Müller.

Bereits mit Stand 1. November haben mehr Minderjährige ihren Dienst bei der Bundeswehr angetreten als jemals zuvor. Der Rekord aus dem Jahr 2015 mit insgesamt 1.515 minderjährigen Rekruten wurde bereits am 1. November 2016 mit 1.576 minderjährigen Rekruten gebrochen. So ist seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 eine deutliche Zunahme von Kindersoldaten bei der Bundeswehr festzustellen.



Diese Praxis der Bundeswehr ist umstritten und stößt auf Widerstand. Seit langem fordert der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes von der Bundesrepublik Deutschland die Praxis Minderjährige zu rekrutieren einzustellen. Auch die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat sich jüngst dieser Forderung angeschlossen. Das Handeln der Bundesregierung geht allerdings in eine andere Richtung. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 ist eine deutliche Zunahme von auf Kinder und Jugendliche gerichtete Werbemaßnahmen festzustellen. Jüngstes Beispiel dafür ist die neue Webserie der Bundeswehr ‚Die Rekruten‘. Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag: „Es ist ein Skandal, dass bereits im November mehr 17-Jährige als im gesamten Jahr 2015 ihren militärischen Dienst bei Bundeswehr angetreten haben. Militärische Interessen dürfen nicht länger Vorrang vor den Schutzrechten von Kindern und Jugendlichen haben. Mit der Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr muss endlich Schluss sein“

Tempo 30, Biosphäre und „Weihnachtsgans Auguste“

Unter der Rubrikierung „Landtag und Kommune“ informiert in unserer Zeitung in loser Folge die LINKE-Landtagsabgeordnete ANITA TACK als Sprecherin für Stadtentwicklung, Wohnen, Bauen und Verkehr und als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung über ihre parlamentarische Arbeit im und für den Potsdamer Wahlkreis und in der Landtagsfraktion.

Tempo 30 vor Kitas und Sozialeinrichtungen muss Normalität werden

Der Bundesrat hat schon im September 2016 eine gesetzliche Grundlage beschlossen, wonach Kommunen vor Kitas, Schulen, Seniorenheimen und medizinischen Einrichtungen Tempo 30-Zonen einführen können. Anita Tack freut sich über diese Entscheidung, die die LINKE immer wieder gefordert hat. Außerdem kann sie zu einer besseren Luftqualität beitragen, weil beim langsameren Fahren weniger Schadstoffe entstehen. Sicherheit und Umweltschutz sind wichtig. Deshalb sollte Tempo 30 in den Kommunen zum Normalfall werden. Aber Tempo 30 ist kein Selbstläufer – die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung muss auch kontrolliert werden. Die gesetzliche Regelung ist längst überfällig.

Zukunft für die Biosphäre

Anita Tack unterstützt es sehr, dass endlich neue Impulse für den Erhalt der Biosphäre ausgelöst werden und Pro Potsdam über den Potsdamer Tellerrand hinaus an Lösungen und Unterstützungen arbeitet.

Die Landtagsabgeordnete verweist auf ihre Presseerklärung vom 22. Juni 2016: „Die Landeshauptstadt sollte endlich die Möglichkeiten der Landesregierung mit einbeziehen, die u.a. im Bildungs-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich liegen können, wie auch in der Tourismusförderung und in der Zusammenarbeit mit vielfältigen wissenschaftlichen Einrichtungen.“

Tack hält den Erhalt der Biosphäre auf der Grundlage eines zukunftsfähigen Konzepts nach wie vor für die beste Lösung und regt erneut Gespräche zwischen der Stadt Potsdam, der Landesregierung und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark an, um der Biosphäre eine Zukunft zu geben. Sie empfiehlt der Pro Potsdam, auch die regional zuständigen Landtagsabgeordneten mit einzubeziehen und wiederholt gern ihre Bereitschaft dafür.

Bundesweiter Vorlesetag

Einer guten Tradition folgend, hat Anita Tack am 18. November in der Grundschule „Max Dortu“ den Schülerinnen und Schülern der 2. Klasse im Rahmen des 13. Bundesweiten Vor-



LANDTAG UND KOMMUNE
ANITA TACK DIE LINKE.

lesetags „Die Weihnachtsgans Auguste“ von Friedrich Wolf und „Der Weihnachtsmann aus der Lumpenkiste“ von Erwin Strittmatter vorgelesen. Sie hatte begeisterte Schülerinnen und Schüler, die gut zuhören konnten und zahlreiche Fragen hatten.

Die Landtagsabgeordnete hat den Besuch in der Dortu-Schule genutzt, um mit der Direktorin, Frau Wurzel, die zugleich auch Sportlehrerin ist, über den Fortgang der umfangreichen und lang anhaltenden Bauarbeiten am Schulgebäude und des Schulhofes zu sprechen. Fakt ist, der Baulärm bei laufendem Schulbetrieb ist für alle sehr belastend und verlangt starke Nerven von den Lehrern.

ÜBRIGENS: Das neue Wahlkreisbüro in Nachbarschaft zum Sitz des Potsdamer Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE in der Zeppelinstr.7 ist bereit, Besucherinnen und Besucher zu empfangen. Eine Anmeldung per Telefon oder per Mail beim Wahlkreismitarbeiter Klaus-Uwe Gunold wäre dafür sehr hilfreich.

Es geht doch – wenn man nur will!

In der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2016 gab es zu zwei wichtigen politischen Anliegen Beschlüsse, die über Fraktionsgrenzen hinweg eingebracht und auch beschlossen wurden.

Auf Initiative der LINKEN, mitgetragen von SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen und DIE ANDERE, haben sich alle Stadtverordneten für einen zeitnahen Beginn des Neubaus einer Synagoge in Potsdam ausgesprochen. Nach jahrelanger Diskussion haben sich die Jüdische Gemeinde und die Synagogengemeinde nun darauf geeinigt, gemeinsam die Trägerschaft für die Synagoge zu übernehmen und so das wichtigste Hindernis für die Umsetzung der vorliegenden Baupläne überwunden. Dieses erneute Bekenntnis für den Synagogenbau ist ein wichtiges Zeichen auch in Richtung Landesregierung, um so bald wie möglich mit der Umsetzung der Pläne zu beginnen.

Bereits im September 2008 hatte die Stadtverordnetenversammlung Unterstützung für die Errichtung einer Synagoge und eines Gemeindezentrums für die Jüdischen Gemeinden auf dem Grundstück Schlossstraße 15 signalisiert. Das Grundstück wurde vom Land zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt, die Stadt hat die Kosten für den Abriss der alten Gebäude übernommen.

Wir gehen davon aus, dass nun ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Förderung Jüdischen Lebens in Potsdam getan wird und die Brache an der Schlossstraße bald verschwindet.

Die ehemalige Rathauskooperation wollte sich partout nicht mit der LINKEN und der ANDEREN auf einen gemeinsamen Beschlusstext zur Unterstützung von in Griechenland lebenden Geflüchteten einigen, obwohl es Übereinstimmung im Grundanliegen gab. So wurden beide Anträge abgestimmt, beide bekamen fast alle Stimmen der Anwesenden.

Ausgangspunkt für diese Beschlüsse war ein Appell der Initiative für Solidarität mit Geflüchteten, Potsdam Konvoi, nach einem Einsatz in griechischen Militärcamps, in denen vor allem syrische, afghanische und irakische Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen müssen. Sie warb für deren Aufnahme auch in Potsdam, vor allem im Sinne der Familienzusammenführung. Die Stadtverordneten würdigten das Engagement der Initiative, sagten Unterstützung im Rahmen des Möglichen zu und sprachen sich für die schnelle Familienzusammenführung im Rahmen bestehender Programme und Verfahren aus.

Rückblick auf das Jahr 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

2016 ist Halbzeit für die im Mai 2014 gewählte Stadtverordnetenversammlung. Getreu ihrem Grundsatz „Ein Potsdam für alle“ setzt sich die Linksfraktion dafür ein, dass die insgesamt erfolgreiche Entwicklung der Stadt allen Potsdamerinnen und Potsdamern zugute kommt.

Das widerspiegelt sich jetzt auch in dem im September beschlossenen Leitbild der Stadt, das mit dem Kapitel „Eine Stadt für alle“! beginnt und unter anderem auch das Ziel eines sozialen Ausgleichs in der Stadt formuliert. Mit diesem Selbstverständnis bieten wir der Rathauskooperation Paroli und nehmen als starke Opposition Einfluss auf solche wichtigen Bereiche wie den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kitas, eine soziale Wohnungspolitik und gut funktionierende Verkehrsbedingungen.

Im Jahr 2016 hat es heftige Diskussionen und grundsätzliche Entscheidungen zur Potsdamer Mitte gegeben. Die Linksfraktion setzte sich konsequent dafür ein, dass die Entscheidungen zum Hotel Mercure, zur Fachhochschule und zum Staudenhof nicht über die Köpfe der Potsdamerinnen und Potsdamer hinweg getroffen werden, sondern die Interessen möglichst vieler widerspiegeln. In einem ständigen Auf und Ab konnten wir einiges erreichen, so den Abschied von den Abrissplänen für das Mercure, die Sicherung des städtischen Wohnungsbestandes im historischen Stadt-



zentrum sowie die ausdrückliche Befürwortung und Unterstützung genossenschaftlichen und studentischen Wohnens.

Auch in diesem Jahr haben wir nach jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit unserem politischen Frühshoppen „Rathausreport live“ über unsere Tätigkeit informiert und uns der Diskussion mit den Potsdamern in den verschiedenen Stadtteilen gestellt.

In unserer monatlichen Ausgabe des „Rathausreports“ wie auch in der „PaS“ erhalten Sie einen Überblick über die Ergebnisse der Plenarsitzungen der Stadtverordnetenversammlung.

Mit unseren regelmäßigen Infoständen und Sprechstunden suchen wir den direkten

Kontakt mit den Bürgern vor Ort. Wir sind für Sie da!

In der aktuellen Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE bisher 160 Anträge eingebracht. 66 wurden beschlossen, 30 abgelehnt.

Allein in diesem Jahr haben wir 66 Anträge eingebracht, von denen bisher 32 angenommen und 12 abgelehnt worden sind. Der Rest ist noch in Bearbeitung.

Dazu kommen 147 mündliche Anfragen und 104 Kleine Anfragen.

Damit sind wir nach wie vor die aktivste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Sandscholle soll Schulstandort werden



Die Suche nach einem neuen Grundschulstandort für Babelsberg verursacht erhebliche Aufregung - bei potenziellen Anwohnern wie auch Sportvereinen. Während aber nach dem passenden Grundstück noch immer gesucht wird, sind die Kinder für die zu bauende Schule schon da - in den kommenden ca. 6 Jahren werden sie allerdings in Containern am Humboldtring lernen müssen. So lange wird es dauern, bis die „richtige“ Schule steht - aber auch nur dann, wenn die Politik es schafft, jetzt eine Entscheidung zum Standort zu treffen.

Über 20 Standorte sind im letzten Jahr geprüft worden - fast keiner von ihnen liegt im eigentlichen Bedarfsgebiet Babelsberg Nord. Die einzige theoretisch ausreichende Fläche an der Glasmeisterstraße wird wegen Atlanten im Boden und komplizierter Eigentumsverhältnisse noch auf Jahre nicht verfügbar sein.

So bleibt als realistische Alternative nur die Bebauung des Sportplatzes Sandscholle - sicher ein herber Verlust für den Babelsberger Sport. Unter dem Strich könnte dennoch ein Gewinn stehen. Das wogfal-

lende Rasen-Großfeld der Sandscholle würde an einem neuen Standort durch ein Groß- und zwei Kleinspielfelder ersetzt, in Kunstrasen-Ausführung. Damit würden dringend benötigte Trainingszeiten und -flächen hinzugewonnen, erkaufte durch weitere Wege für die Sportlerinnen und Sportler. Im Gespräch sind derzeit ein möglicher Standort am Horstweg sowie eine Fläche am Bahnhof Rehbrücke, auf der außerdem eine weitere Gesamtschule entstehen soll. DIE LINKE tritt energisch dafür ein, dass diese Lösung gemeinsam mit den Vereinen erarbeitet wird, die die Sandscholle nutzen. Auf ihre Initiative hin tagt die AG Schulentwicklungsplanung deswegen am 21.12. (nach Redaktionsschluss) mit den Vereinsvertretern. Wir werden über das Ergebnis berichten.

Klar ist: der Ersatzstandort für den Sport muss zur Verfügung stehen, bevor mit dem Schulbau begonnen werden kann. Und die Schülerinnen und Schüler sind bereits da. Schon deswegen ist keine Zeit mehr für langwierige Diskussionen über „Könnte, würde und sollte“ - die Stadtpolitik muss entscheiden - jetzt!

Stefan Wollenberg

SC Potsdam kooperiert mit „Pinguin-Schwimmschule“

Größter Brandenburger Sportverein treibt sportliche Entwicklung in Potsdamer Norden voran

Der SC Potsdam hat seinen ersten Ankerpunkt im Potsdamer Norden! Mit der „Pinguin-Schwimmschule Bodenhausen“ wird Brandenburgs größter Sportverein künftig eng zusammenarbeiten, um die Entwicklung der Sportangebote in den aufstrebenden und stark expandierenden Stadtteilen voranzutreiben.

Der Präsident des SC Potsdam, Torsten Bork: „Mit der ‚Pinguin-Schwimmschule Bodenhausen‘ in der Erich-Mendelsohn-Allee 87 haben wir einen großartigen Ankerpunkt, um den Menschen in den nördlichen Stadtteilen künftig breit gefächerte sportliche und soziale Angebote zu unterbreiten. Wir sind sehr froh, dass wir uns mit unseren langjährigen und umfangreichen Erfahrungen im Kirchsteigfeld bei der spannenden Entwicklung im Potsdamer Norden einbringen können.“

Koordinator und Ansprechpartner der sportlichen Aktivitäten ist Christian Gerber, der Abteilungsleiter Breitensport des SC Potsdam: „Natürlich werden wir die beliebten und bewährten Schwimmkurse der ‚Pinguin-Schwimmschule‘ fortsetzen. Aber wir planen darüber hinaus auch, das Programm

weiter zu entwickeln und auszubauen. Es wird künftig nicht nur verschiedene Aqua-Angebote geben. Wir denken außerdem an Reha-Sport, den Kindersport, Kindertanzen, Joga, Pilates und Zumba.“ Diese neuen Angebote werden mit zusätzlichen Übungsleitern realisiert.

Im Potsdamer Norden leben derzeit rund 33.000 Menschen. Es gibt viele Familien mit Kindern und Jugendlichen. Bis 2035 sollen es im Norden der Landeshauptstadt 45.000 Einwohner sein. Gerade für die vie-

Stadtteilen ist der SC mit seinem Kinderclub ‚Junior‘ und dem Jugendclub ‚OFF LINE‘ seit Jahren auch in der Sozialarbeit eine feste Größe. Entsprechende soziale Angebote wollen und können wir dann zusammen mit der Stadt auch den Potsdamern im Norden machen.“

Seit 1996 hat der SC Potsdam mit seinem Vereinshaus im Kirchsteigfeld die dortigen Angebote stetig ausgebaut und erweitert und sich damit zu Brandenburgs größtem Sportverein entwickelt. Mit seinen derzeit



len Familien fehlen dort bislang ausreichende sportliche Angebote. Für den Geschäftsführer des Vereins, Peter Rieger, ist der Sport nur eine Seite des Engagements: „Im Kirchsteigfeld und den umliegenden

knapp 4.000 Mitgliedern ist der SC Potsdam nicht nur in den Stadtteilen Kirchsteigfeld, Drewitz und am Stern unverzichtbar geworden, sondern auch weit darüber hinaus. –red./sc potsdam

Bücherspende an das Eltern-Kind-Zentrum

Bereits im Spätsommer 2016 haben wir uns mit der Leiterin des Eltern-Kind-Zentrums der AWO Potsdam, Anja Haseloff, darüber verständigt, wie wir die Arbeit der Einrichtung unterstützen können. Nicht nur bei offiziellen Anlässen wollen wir präsent sein. Da bot es sich an, dass Kinder- und Jugendbücher aus dem privaten Bestand unseres Ortsverbandsvorsitzenden, Hans-Dieter Plumbaum, in dem gerade neu angeschafften Bücherregal im Eingangsbereich eine neue – sicherlich nur kurzlebige Heimstatt fanden. Ergänzt wurde die Spende durch

Bücher aus dem Bürgerhauses „Stern*Zeichen“. Das mitgebrachte Obst wurde sofort den Plätzchen backenden Kindern und Eltern, wie aktiven Ehrenamtlerinnen angeboten.

Frau Haseloff erzählte im anschließenden Gespräch bei Kaffee und noch warmen

Plätzchen den Ortsvorsitzenden Jana Schulze und H.-Dieter Plumbaum von den vielfältigen Angeboten des Eltern-Kind-Zentrums. Dass dieser Termin keine Eintagsfliege war, beweist die Tatsache, dass wir bereits in der Vergangenheit gemeinsam zu Kinder- und Stadteifesten vor Ort erlebbar waren und bleiben werden.

Aber erst einmal wurden wir gebeten, für weitere Kinderbuchspenden zu werben. Denn das Bücherregal bleibt nie lange voll. Wer also noch Kinder- und Jugendbücher in ordentlichem Zustand abgeben möchte, kann dies jederzeit im Eltern-Kind-Zentrum in der Röhrenstraße 6 tun.

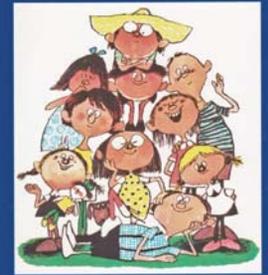
Jana Schulze
Ortsverbandsvorsitzende



Kontakt:
AWO Eltern-Kind-Zentrum Am Stern
Röhrenstraße 6, 14480 Potsdam
Tel.: 0331/6008773
Mail: ekiz@awo-potsdam.de
Koordinatorin: Anja Haseloff

Horst Jäkel (Hrsg.)

DDR unvergessen



GNN Verlag

Neu erschienen:

„DDR unvergessen“

Das Buch „DDR unvergessen“ – erschienen im Dezember 2016 – ist der 12. Band der Reihe „Spuren der Wahrheit“, herausgegeben von Horst Jäkel im Auftrag der Unabhängigen Autoren-Gemeinschaft „So habe ich das erlebt“.

Die mehr als 65 Autoren dieses Buches – ganz verschieden in Herkunft, Bildung, Beruf und Lebenserfahrungen – berichten äußerst vielseitig, in sehr unterschiedlichen Schreibstilen, meist höchstpersönlich über ihr Teilhaben am Bemühen, auf deutschem Boden erstmals einen sozialistischen Staat zu errichten. Der Kampf um den Frieden und die lebendige Solidarität der DDR werden durch bewegende Beispiele erlebbar. Viele Fotos, Gemälde, Grafiken und Dokumente bereichern das Geschriebene. „Was hinter uns liegt, war unsere Zeit, waren unsere Mühen, Irrtümer und Erfolge. Wer, wenn nicht wir, soll berichten, wie es wirklich war. Für uns war es in allem jedenfalls eine gute und schöne Zeit“, so das Credo der Autoren.

Horst Jäkel „DDR unvergessen“, ISBN: 978-3-89819-430-3; 19,00 EURO. Bestellbar beim Herausgeber Tel.: 0331/970717 ODER im Verlag: GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel.: 034204/65711, Fax: . 65893. www.gnnverlag.de; mail: zentrale@gnnverlag.de

Tage der offenen Tür an Potsdamer Schulen

Damit sich Eltern, Schülerinnen und Schüler umfassend über die Angebote an Grundschulen und weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Potsdam informieren können, bieten die Bildungseinrichtungen Tage der offenen Tür und Informationsabende an. Der Anmeldezeitraum für das Schuljahr 2017/18 beginnt am Montag, 6. Februar 2017, und endet am Freitag, 17. Februar 2017. Das Schuljahr beginnt dann am 4. September 2017.

- 11. Januar 2017: Grundschule am Humboldttring,
- 14. Januar 2017: Gerhart-Hauptmann-Grundschule, Carl-von-Ossietzky-Straße
- Vom 6. bis zum 17. Februar 2017: Grundschule Am Pappelhain, Galileistraße 8,
- 8. Februar 2017: Grundschule Max Dortu, Dortustraße
- 10. Februar 2017: Goethe-Grundschule, Stephensonstraße 1,
- 10. Februar 2017: Schule am Griebnitzsee, Domstraße
- 11. Februar 2017: Weidenhof-Grundschule, Schilfhof 29
- 18. März 2017: Schiller Grundschule im Sternfeld,
- 13. Mai 2017: Regenbogenschule, Ketziner Straße, Fahrland,

Tage der offenen Tür und Informationsabende an weiterführenden Schulen

- 7. Januar 2017: Neue Gesamtschule Babelsberg der ASG, Großbeerenstraße 189,
- 7. Januar 2017: Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné, Humboldttring 17
- 7. Januar 2017: Neues Gymnasium Potsdam-Babelsberger Filmgymnasium
- 9. Januar 2017: Oberschule Theodor-Fontane, Zum Teufelssee 4
- 13. Januar 2017: Gesamtschule Potsdam, Fritz-Lang-Straße 15
- 14. Januar 2017: Evangelisches Gymnasium, Hermannswerder mit Internat
- 14. Januar 2017: Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium, Kurfürstenstraße 53
- 14. Januar 2017: Käthe-Kollwitz-Oberschule, Clara-Zetkin-Straße 11
- 14. Januar 2017: Steuben-Gesamtschule, Ricarda-Huch-Straße 23-27;
- 14. Januar 2017: Bertha-von-Suttner-Gymnasium, Babelsberg, Kopernikusstraße 30
- 17. Januar 2017: Informationsabend in der Oberschule, Pierre de Coubertin, Gagarinstraße 5-7
- 21. Januar 2017: Humboldt-Gymnasium, Heinrich-Mann-Allee 103
- 21. Januar 2017: Einstein-Gymnasium, Hegelallee 30,
- 21. Januar 2017: Voltaireschule, Lindenstraße 32,
- 10. Februar 2017: Montessori-Oberschule, Schlüterstraße 2-4.

„DIE LINKE hilft! – Rechtsberatung“

Die Rechtsberatung ist ein linkes Praxisangebot sozialer Stadt(teil)politik. Es handelt sich einerseits um ein (im besten Fall) tatsächlich helfendes Angebot an ratsuchende BürgerInnen für den Alltag. Andererseits soll es immer auch einen politischen Anspruch haben. Dieser ergibt sich aber eben nicht durch abstrakte politische Agitation über Ziele, Forderungen usw... der LINKEN, sondern allein an den praktischen Fragen der Ratsuchenden.

Das wiederum bedeutet: Voraussetzung für das Angebot ist keinesfalls eine politische Identifikation mit der LINKEN oder auch nur einzelnen Forderungen, sondern allein die soziale/rechtliche Bedürftigkeit/Problemlage. Somit sind also lediglich offensiv reaktionär/rechts/rassistisch auftretende Personen von der Rechtsberatung ausgeschlossen als auch Fragestellungen, die rechtlich antihumanistische Zielsetzung haben. Im Übrigen findet keine „Gesinnungsprüfung“ statt.

Allerdings soll versucht werden, dass die Ratsuchenden nicht lediglich passiv-konsumierend Rechtsrat abfragen, sondern sich über die praktische Problemlage über solidarische und bestenfalls politische Implikationen bewusst werden. Deshalb soll

versucht werden, die Ratsuchenden selbst in die Problemlösung einzubinden: Z.B. durch Anfragen an Freunde und Bekannte zur Unterstützung, aber auch durch Eigenaktivität und Widerständigkeit gegenüber Vermietern/Arbeitgebern/Behörden... Die Rechtsberatung ist als



Am 19.1.2017, von 16.00 - 17.00 Uhr, findet in Räumen der Potsdamer LINKEN in der Zeppelinstraße 7 die kostenfreie Erstberatung zu sozialen und rechtlichen Problemen für Bürgerinnen und Bürger statt. Rechtsanwalt Jörg Schindler (FOTO) wird hier erste rechtliche Einschätzungen zu Ihrem Rechtsproblem geben und Fragen beantworten.

Erstberatung vollständig kostenlos. Lediglich ein Beratungshilfeformular sollte vor Ort ausgefüllt werden, wenn Briefe/Anschreiben direkt verfasst werden sollen (dann formal: Zustandekommen eines Mandatsverhältnisses). Einkommensbelege können nachträglich eingereicht werden. Um die Beantragung und Abrechnung der Beratungshilfe kümmert sich das Rechtsanwaltsbüro in Berlin. Sollte die Rechtsberatung als Erstberatung nicht ausreichend sein, können die Ratsuchenden direkt einen Folgetermin vereinbaren oder aber eine weitergehende Rechtsberatung vornehmen.

Die Rechtsberatung findet jeden dritten Donnerstag, von 16.00 - 17.00 Uhr, in den Räumen der LINKEN (Zeppelinstr.7) statt.

Bewerbung und/oder Informationen über Internetseite/Facebook und/oder über Kontakt DIE LINKE.Kreisgeschäftsstelle - Tel.: 0331 58392444, Fax: 0331 58398652, E-Mail: info@dielinke-potsdam.de.



Endlich Lehrbücher für den Deutschunterricht

Vor knapp einem Jahr bezogen Flüchtlinge aus drei Nationen die Unterkunft in der Zeppelinstraße. Schnell fanden sich viele Ehrenamtliche, die seitdem an vier Tagen sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag Deutschkurse anbieten; die ersten kleinen Schritte zur Selbständigkeit und Integration. Die Kurse werden sehr gut besucht, die meisten Flüchtlinge sind sehr motiviert, die für sie so schwere Sprache und Kultur kennen zu lernen. Doch bislang konnte der Unterricht nur mit Kopien oder privat finanziertem Material arbeiten. Auf

Initiative von Sascha Krämer wurden für der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN 410 Euro für die Anschaffung von Lehrbüchern und Arbeitsheften gesammelt. Dank dieser Spende erhöht sich nicht nur die Qualität des Deutschunterrichts, sondern auch die Freude am Lernen und Lehren. Wir sagen herzlichen Dank oder aber „shukraan“.

„Ich freue mich über das große Engagement der Menschen vor Ort. Dank dieser Menschen fühlen sich die Geflüchteten willkommen. Da haben wir gern geholfen“,

so Sascha Krämer (FOTO: Spendenübergabe).



Arbeitsrecht auf dem Prüfstand

Der Gesprächskreis Arbeitsrecht/Arbeit hat auch im 6. Jahr seines Bestehens in erster Linie als Arbeitsgremium mit hoher Kontinuität seine Tätigkeit fortgesetzt und aus unserer Sicht weiter qualitativ verbessert. Dies fuhrte nicht zuletzt auch zu einer quantitativen Verstärkung des Gesprächskreises. Die inhaltlich-wissenschaftliche Arbeit des Gesprächskreises konzentrierte sich auf die Erarbeitung und Diskussion von Themenkomplexen, die sich um das Hauptthema (Neuregelung und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts) einordnen.

Der Gesprächskreis hat es sich zum Ziel gesetzt, gegenwärtigen neoliberalen arbeitsrechtlichen Bestrebungen eine klare linke Alternative entgegengesetzt. Wir

sind durch unsere Arbeitsergebnisse bestrebt, das Arbeitsrecht aus der hemmenden Klammer des Zivilrechts zu lösen und die Arbeitsverhältnisse als Rechtsverhältnisse eigener Art auszugestalten. Das erforderte die Bearbeitung neuer Themenkomplexe wie neue Arbeitswelt und Überschreitung von „Normalarbeitsverhältnissen“, der Ausbau gewerkschaftlicher Mitwirkung, europäisches Arbeitsrecht, die Ausbildungssituation von Jugendlichen usw.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat sich erfreulicherweise fortgesetzt. Das betrifft, wie schon angedeutet die quantitative, vor allem aber eine qualitative Weiterentwicklung des Gesprächskreises. Deutlich wird diese Weiterentwicklung in der Bear-

beitung umfänglicher neuer Themen, in der Gewinnung neuer, besonders junger Teilnehmer, in der Erhöhung der interdisziplinären Zusammensetzung des Gesprächskreises, in der direkten Mitarbeit in gewerkschaftlichen und sozialen Gremien und im weiteren Ausbau der gewählten neuen Organisationsformen.

Die Arbeit des Gesprächskreises ordnet sich in die Schwerpunktplanung der RLS 2017, vor allem in die Themenachse Demokratie und Gleichheit ein.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesprächskreis Arbeitsrecht / Arbeit und nationale und europäische Rahmenbedingungen, Projekt Arbeitsgesetzbuch (GK AGB)

Mögliche Manipulationen durch social bots

Kurz interviewt: Harald Petzold (MdB, DIE LINKE)

Wer bestimmt unsere Meinung? Wir können sie nicht sehen, nur Computerspezialisten können sie ermitteln, aber wir glauben ihnen, ohne zu wissen, dass Maschinen unsere Meinung bilden. Stimmen sie bei der nächsten Wahl für uns ab – oder bilden zumindest unsere Meinung? Ist das so? Oder ist es doch ganz anders? Ein Interview mit Harald Petzold, Bundestagsabgeordneter der LINKEN und medienpolitischer Sprecher, über elektronische „robots“, inzwischen social bots genannt. Hinter ihnen verbergen sich automatisierte Programme, die sich im Internet mit authentisch wirkenden Nutzungsprofilen zu Wort melden.

Was sind social bots?

Social Bots sind Computerprogramme, die darauf ausgerichtet sind, selbstständig die öffentliche Meinung in sozialen Netz-

werken zu beeinflussen oder Schadsoftware zu verbreiten. Diese Programme legen gefälschte Nutzerprofile an und können Beiträge echter NutzerInnen kommentieren oder eigene Nachrichten verfassen.

Können normale Nutzer sie erkennen?

Die Spannweite der technischen Qualität ist sehr groß. „Clever“ Bots analysieren z.B. NutzerInnenprofile und passen sich diesen an, um authentischer zu wirken. Derartige Bots können nur durch spezielle Verfahren sicher erkannt werden. Problematisch ist zudem, dass es nahezu unmöglich ist, die Verantwortlichen solcher Bot-Netzwerke ausfindig zu machen.

Gehen wir zu sorglos mit ihnen um?

Noch sind Social Bots nicht dazu fähig, gezielt Meinungen zu manipulieren oder inhaltlich den Ton anzugeben. Aber sie sind eine Gefahr für die Gesprächskultur im Netz. Die extremen Äußerungen, die zum Teil von Social Bots getätigt werden, können Diskussionen emotional aufladen und konstruktiven Austausch erschweren. Eine Vergiftung des Diskurses ist die Folge.

Haben social bots in Deutschland bereits

Stimmung für oder gegen etwas gemacht?

Leider gibt es ziemlich deutliche Hinweise darauf, dass in der aktuellen Geflüchteten-Debatte mithilfe von Bots Hassnachrichten auf Twitter verbreitet wurden.

Haben wir solche Phänomene auch zur Bundestagswahl zu erwarten?

Wir müssen befürchten, dass Social Bots auch im Bundestagswahlkampf eingesetzt werden, sofern nicht Wege gefunden werden, dieser Tendenz entgegenzuwirken.

Welchen Umgang stellen Sie sich mit social bots vor?

Die Möglichkeiten zur Erkennung in Deutschland sollten ausgebaut werden. Ferner muss eine Sensibilisierung für das Thema auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden. Außerdem sollten soziale Netzwerke sich verstärkt um die Aushebung von Bot-Netzwerken bemühen. Zuletzt sollte man sich mit der Frage beschäftigen, unter welchen Voraussetzungen die Nutzung von Bots unter Strafe gestellt werden kann.

Sehen LINKE social bots mit anderen Augen als Vertreterinnen und Vertreter anderer politischer Richtungen?

Glücklicherweise haben sich auch die anderen demokratischen Parteien bereit erklärt, auf die Verwendung derartiger manipulativer Mittel zu verzichten. Nur die AfD lässt dies offen bzw. ihr Dementi klingt sehr unglaubwürdig. Das verändert aber nicht meine ablehnende Haltung gegenüber Social Bots. Für eine derartige Position werde ich auch in der LINKEN werben.



Ostdeutsche RentnerInnen werden vertröstet

Der Koalitions Gipfel der Bundesregierung hat rentenpolitische Beschlüsse gefasst, die der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord (FOTO) scharf kritisiert, denn die ostdeutschen RentnerInnen werden von der großen Koalition bis Juli 2025 auf gleiche Rentenwerte vertröstet und die Beschäftigten, die durch den Wegfall der Umrechnung drastische reale Kürzungen hinnehmen müssen.

„Es darf nicht dazu kommen, dass zukünftige RentnerInnen im Osten für die katastrophale Lohnentwicklung bestraft werden“, so Nord. „Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Angleichung der Rentenwerte in Ost und West und das Abschmelzen der Umrechnung der Ostentgelte soll zum 1. Juli 2018 beginnen und im Juli 2025 abgeschlossen werden. DIE LINKE kämpft gegen diese Form der Alterssicherungspolitik und für eine solidarische Mindestrente von mindestens 1.050 Euro sowie für ein Rentenniveau von 53 Prozent. Dann könnten die Menschen zuversichtlich und ohne Angst vor Altersarmut in die Zukunft sehen. Es ist die Aufgabe der Politik, die Menschen vor dem sozialen Abstieg zu schützen, statt millionenfach Altersarmut zu produzieren.“



In Babelsberg/Zentrum Ost gewählt

Am 10.12.2016 hat die Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Babelsberg/Zentrum Ost einen neuen Ortsvorstand gewählt. Die Doppelspitze Maria Strauß und Michél Berlin erhielt wieder das Vertrauen der Babelsberger Genossinnen und Genossen. Weiter im Vorstand sind Karla Faltizcka, Konstantin Bender und Klaus-Uwe Gunold.

Engagiert wurde auf der Gesamtmitgliederversammlung über kommunale, landes- und bundespolitische Themen diskutiert. Als Gäste waren hierzu der Bundestagsabgeordnete und wieder kandidierende junge Genosse Norbert Müller sowie die Landtagsabgeordnete Anita Tack zugegen.

Der Ortsvorstand trifft sich jeden dritten Donnerstag im Monat gemeinsam mit allen interessierten GenossInnen zu einer öffentlichen Sitzung ab 19.30 Uhr. Auch



Sympathisanten und Gäste sind herzlich willkommen! „Über den Ort des Treffens informieren wir kurzfristig per E-Mail. Einfach bei uns melden! Tel.: 0178 1974053, E-

Mail: ovbabelsberg-zentrumost@dielinke-potsdam.de Informationen gibt es außerdem auch auf unserer Facebook-Seite“, so der Ortsvorstand.

ZITIERT

„Dass die AfD (...) islamfeindlich ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zur neoliberalen Einheitspartei gehört. Ein Verbot von Minaretten erhöht weder die Löhne noch die Rente noch das Arbeitslosengeld.“

Oskar Lafontaine auf Facebook

Sechzehn Tage lang Ostern feiern – und mehr

Im April 2017 geht es mit den Brückentagen 2017 los. Mit nur acht Urlaubstagen auf der Arbeit hat man/frau die Möglichkeit, satte 16 Tage Urlaub zu machen. Generell frei hat man an den Wochenenden sowie an den Osterfeiertagen: Karfreitag, 14.04.2017 und Ostermontag, 17.04.2017. Einen Urlaub sollte man für die Tage 10.-13.04.2017 sowie 18.-21.04.2017 beantragen. Dann steht dem Frühlingsurlaub nichts mehr im Weg.

Der 1. Mai ist ein Feiertag, bei dem wir jedes Jahr darum wetteifern, an welchem Wochentag er dieses Jahr wohl fallen wird. Der Tag der Arbeit fällt 2017 auf einen Montag! Das ist genial, denn so haben alle ein verlängertes Wochenende! Wer sich die vier Arbeitstage bis zum nächsten Wochenende am 06.-07.05.2017 freinimmt, schaufelt sich neun freie Tage für gerade mal vier beantragte Urlaubstage frei.

Christi Himmelfahrt ist immer donnerstags - auch 2017. Während Lehrer, Schüler und andere Erzieher meist solche Tage ohnehin freibekommen, müssen sich andere Arbeitnehmer am folgenden Freitag Urlaub nehmen. Das macht aber nichts: Mit nur vier Urlaubstagen hat man neun Tage frei. Man reicht den Urlaub einfach für den 22.-24.05.2017 sowie für den 26.05.2017 ein und profitiert vom Feiertag Christi



Himmelfahrt am 25.05.2017. Dank der Wochenenden davor und danach könnt ihr neun Tage am Strand verbringen.

Der Tag der deutschen Einheit fällt 2017 auf einen Dienstag, was bedeutet, dass sich der Montag perfekt als Brückentag für ein verlängertes Wochenende eignet. Nimmt man noch die restlichen drei Tage nach dem 3. Oktober frei, hat man mit

nur vier Urlaubstagen neun freie Tage im Oktober.

Am 31. Oktober ist nicht nur Halloween, sondern auch Reformationstag. Normalerweise ist dies nicht in allen Bundesländern gesetzlicher Feiertag, in 2017 jedoch schon. Der 31.10.2017 ist jedoch ausnahmsweise bundesweit ein gesetzlicher Feiertag. Grund dafür ist der 500. Jahrestag des Reformationstages, also des Thesenanschlags durch Martin Luther. Das Jubiläum feiern wir doch alle gerne mit! Durch diese Feiertage können wir mit nur vier Urlaubstagen acht Tage Urlaub (vom 28.10. – 05.11.) machen.

Weihnachten und Silvester fallen dieses Jahr perfekt aus! Viele sehnen sich an Weihnachten und Silvester danach, den 24. und den 31. Dezember auch nicht arbeiten zu müssen. Einige Arbeitgeber erlauben das, andere nicht. Im Jahr 2017 haben wir alle diese zwei Tage frei und somit ein verlängertes Weihnachtsfest und ein noch schöneres Silvester. DENN: Heiligabend und Silvester fallen auf einen Sonntag. Was bedeutet, dass die beiden Weihnachtstage auf einen Montag und einen Dienstag fallen und Neujahr ebenfalls auf einen Dienstag. Nimmt man sich die drei Tage dazwischen frei, wartet ein perfekter zehntägiger Urlaub über Weihnachten und Silvester.

Wir jedenfalls wünschen schon jetzt viel Spaß und Erholung.

-red/bm/FOTO: stockWerk/fotolia.com

			9	5			1
5		8	3			4	
	4			2			3
						7	2
8		3				1	6
7	6						
	7			1			9
		1			5	2	3
5			4	9			

SUDOKU

Auflösung Dezember

3	9	5	1	6	2	7	8	4
6	8	1	7	9	4	2	3	5
7	4	2	5	3	8	6	1	9
5	3	6	2	8	7	4	9	1
9	2	8	6	4	1	5	7	3
1	7	4	3	5	9	8	2	6
2	5	3	9	7	6	1	4	8
8	6	7	4	1	3	9	5	2
4	1	9	8	2	5	3	6	7

tipps & termine • tipps & termine •

Mittwoch, 18.01.2017, 18.00 Uhr:
Die Regionalgruppen Potsdam des RotFuchs Förderverein und der GBM laden zu einer Podiumsdiskussion mit dem Journalisten und Buchautor Matthias Krauß zum Thema seines gleichnamigen Buches „Wem nützt die „Aufarbeitung“ ins Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3, ein.“

Montag, 23.01.2017, 13.00 Uhr:
Die Dahlweidstiftung lädt ein zur Winterwanderung durch den Babelsberger Park. Treffpunkt: 13.00 Uhr, Haltestelle der Straßenbahn-

linie 94 u. 99, Alt Nowawes, Babelsberg und/oder 13.15 Uhr, Badeanstalt Babelsberg, Babelsberger Park

Sonabend, 28.01.2017, 10.00 Uhr:
Gemeinsame Veranstaltung Landeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE mit dem RotFuchsförderverein, der GBM und der DKP zum Thema: AfD: "Alternative für Deutschland" - woher und wohin? Vortrag: Gen. Prof. Dr. Anton Latzo, Langerwisch Ort: Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3, Potsdam